Nr. 147 2. Ausgabe

Sonntag, 1. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 75 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Vorschrift M. 3.— Für Eilen- oder Kunstsatz 50 v. H. Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehendem Satze. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 20 v. H. Sonderaufschlag. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncenstellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes nehmen Anzeigen nach unserm Tarifsatz an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Ausland
R. Eintragung in den Postlisten.
Nach d. Auslande in Kreuzb. während M. 1.10. Einz. Nummer 10 Pf.

Unser Standpunkt in der Ostfrage

Von unserm nach Versailles entsandten v.-Sonderberichterstatter

Versailles, 28. Mai

Der in der Denkschrift enthaltene Gegenvorschlag über die Regelung der Ostfrage ist nach zweitägigen Schlußberatungen der einschlägigen Kommissionen fertiggestellt worden. Es kommt ihm eine ganz besondere Bedeutung zu, weil gerade die Ostfrage eine Reihe nationaler und wirtschaftspolitischer Probleme aufwirft, deren Lösung über das Schicksal der deutschen Bevölkerung in diesen Gebieten entscheiden, die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland in günstige Bahnen lenken soll. Als Leitmotiv kann daher gelten, daß man die Ausgestaltung des Gegenvorschlages über Deutschlands Ostgrenze unter dem Gesichtspunkte eines nutzbringenden Einvernehmens zwischen dem polnischen Staate und Deutschland vornahm. Keine unrechtmäßigen territorialen Opfer, wirtschaftliches Entgegenkommen an Polen — das ist der Leitgedanke, der alle Entscheidungen beherrschte. Um den alliierten und assoziierten Regierungen zu beweisen, daß die deutsche Regierung, im Einverständnis mit der Versailler Delegation, die Entwicklung Polens fördern will, ohne Hintergedanken und ohne heimlichen Vorbehalt, entschied man sich vor allem zu einer Freimachung der Verkehrswege Polens bis ans Meer. An Stelle der in den Friedensbedingungen enthaltenen Forderung, die deutsche Stadt Danzig einfach von Deutschland loszumachen und einen „couloir" anzulegen, machte man den viel weitergehenden Vorschlag, die drei Hafenstädte Danzig, Königsberg und Memel als Freihafen zu erklären. Dadurch wäre für Polen, dem wirtschaftliche Sicherungen aller Art in diesen Häfen geboten werden sollen, eine weitaus bessere Handelsfreiheit nach der See hin gewährleistet.

In den Zugeständnissen, die in den genannten Hafenplätzen den Polen gewährt werden, kennzeichnet sich der aufrichtige Wille der deutschen Regierung, die Fundierung des neuen Nachbarstaates in wirtschaftlicher Hinsicht zu bessern. Es wird sich freilich darum handeln, ob die Polen in richtiger Art und Weise von ihren westlichen Beschützern beeinflußt werden. Wenn Frankreich aus militärischen Gründen Polens wirtschaftliche Zukunft aufopfern will, so wird es mit der Errichtung der drei Freihäfen nicht zufrieden sein. Danzig bliebe dann für Frankreich immer ein Truppenlandungsplatz, aber nicht ein für friedliche Ziele bestimmter Handelshafen. Gerade aus der Antwort auf diesen von uns gemachten Vorschlag wird sich klar erkennen lassen, ob Frankreich bloß daran gelegen ist, Polen zum bewaffneten Soldaten an Deutschlands Ostgrenze zu machen oder ob es wirklich an dem inneren wirtschaftlichen Aufbau des neuen Staates interessiert ist ... Als territoriales Zugeständnis liefern wir den Kreis Posen aus, soweit er nicht ausschließlich respektive vorwiegend deutsch ist (wie südlich und südwestlich). Wir stellen uns dabei auf den Standpunkt, daß die kleinen deutschen Minderheiten in den Städten Posen und Gnesen schließlich dem polnischen Staate zufallen müssen, weil wir in Westpreußen kleine polnische Minoritäten (10 bis 17 Prozent) behalten müssen. Ein ganz andres Bild gewähren aber — um von Norden zu beginnen — die Verhältnisse im Memeler Gebiet, das der Friedensentwurf in willkürlicher Weise von dem deutschen Mutterlande losreißt. Es gehörte niemals zur Krone Polens. Weder moralisch noch völkisch ist dies zu rechtfertigen. Ueberdies kann heute noch nicht einmal mit Bestimmtheit gesagt werden, ob die Alliierten das Memeler Gebiet den Polen oder den Litauern geben wollen. Wir stehen hier wieder vor einem krassen Fall des Landraubes und Menschenschachers.

Das alte deutsche Ordensland Westpreußen an Polen auszuliefern, wäre eine Hinopferung unsrer besten Stammesgenossen, die dort alle wirklich guten Ackerboden besitzen, was einen ausschlaggebenden Beweis für ihre jahrhundertelange Seßhaftigkeit liefert. Entschieden muß ferner die aus rein militärischen Gründen gezogene Grenze an der Bartsch-Niederung zurückgewiesen werden. Alle Eisenbahnknotenpunkte und Flußübergänge werden in gerader Linie den Polen zugeschlagen, u. a. Oppeln, Lissa, Schneidemühl mit 97 v. H. deutscher Bevölkerung. Unser Gegenvorschlag hebt diese allen Satzungen menschlicher Gerechtigkeit widerstrebende Willkür hervor. Die Abtrennung eines mittelschlesischen Gebietsstückes erklärt sich gleichfalls aus militärischen Erwägungen, die ihren französischen Ursprung deutlich verraten und im übrigen ein Kriegsziel des zaristischen Rußlands darstellten .... Was Oberschlesien betrifft, das deutsche Arbeit und deutscher Geist zu wirtschaftlicher Blüte brachten, so erklären wir in dem Gegenvorschlage, daß an diesem Gebiete nicht gerührt werden kann. Oberschlesien gehörte so gut wie niemals zum polnischen Staate. Zwischen 1900 und 1163 war es vorübergehend polnisch, seitdem stand es mit Polen in keinem Zusammenhang mehr. Infolgedessen gibt es in Oberschlesien keine nationale polnische Produktion. Oberschlesien ist zudem für Polen absolut entbehrlich, da sich die in Oberschlesien vorhandenen Bodenschätze auch in Polen und dem zugehörigen Galizien befinden; wir dagegen sind auf das Land direkt angewiesen, aus wirtschaftlichen Gründen, die hinreichend bekannt sind und auch in dem Gegenvorschlag zur Ostfrage aufgeführt werden. Die Einwendung, daß in Oberschlesien von einem Teile der Bevölkerung die „wasserpolnische" Sprache gesprochen wird, kann nicht die Annexion durch Polen rechtfertigen. Die Sprache für sich allein kann nicht als Kriterium angesehen werden, sonst müßte beispielsweise die französische Bretagne infolge ihres Dialektes als nichtfranzösisch gelten.

Diese kurzen Mitteilungen über den Standpunkt, den wir in der Ostfrage einnehmen, sollen nicht abgeschlossen werden, ohne hervorzuheben, daß die Alliierten bei der Festsetzung der Grenzen im Osten eine Scheidewand zwischen Deutschland und Rußland aufrichten wollen. Einer der maßgebendsten, wenn nicht der maßgebendste englische Publizist, Dr. Dillon, nimmt zu diesem „sinnlosen Plan der Entente" Stellung und erklärt, daß Frankreich und England, trotz aller Vergewaltigung deutscher Bevölkerung, das Ziel — die Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland — nicht erreichen werden. Im Gegenteil, es wäre unausbleiblich, daß die zunehmende Abneigung der gemäßigten Republikaner in Rußland gegenüber der Entente immer stärkeren Fuß in Rußland fassen werde. Dillon verwirft die Lostrennung deutscher Ostgebiete und empfiehlt England eine „Verständigungspolitik", die den Interessen Rußlands, Polens und Deutschlands in gleicher Weise Rechnung tragen soll. Es sind also englische Kreise vorhanden, die den Inhalt des deutschen Gegenvorschlages in ernste Erwägung ziehen werden, weil sie tatsächlich mit den von unsern Gegnern aufgestellten Bedingungen nicht einverstanden sind.

Der finanzielle Gegenvorschlag

G. Berlin, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Das Angebot Deutschlands, als Entschädigung für die Kriegsschäden 100 Milliarden Mark zahlen zu wollen, hat in weiten Kreisen Entsetzen erregt. In dem Zustandekommen dieses Vorschlages, der allerdings die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellt wird und von kompetenter Seite mitgeteilt:

Deutschland war in bezug auf die Schadenersatzforderungen der Gegner in den Friedensverhandlungen an die Verpflichtung gebunden, die es durch die Annahme der Wilson- und Lansing-Noten angenommen hatte: Belgien und Nordfrankreich zu räumen und wiederherzustellen. Der Umfang der Wiederherstellung war genau bestimmt durch die Fassung der Lansing-Note, nach der Ersatz für alle Schäden, die der Zivilbevölkerung der Alliierten durch die Deutschen zugefügt worden sind, zu leisten war. Diese Basis der Gegenvorschläge war ausdrücklich anerkannt worden. Der deutsche Gegenvorschlag lehnt die Ausdehnung des Schadenersatzes auch auf andre Gebiete, wie beispielsweise Rumänien, Westrußland und Italien, ab. Weiter lehnt er, als dieser Basis nicht entsprechend, auch ab, einen Schaden zu ersetzen, der über den der Zivilbevölkerung zugefügten hinausgeht. In den weitergehenden Leistungen glaubte die Regierung verpflichtet zu sein.

Sie erkennt daher an, daß Belgien die Kriegskosten, soweit sie sich in Anleihen, die bei den alliierten Staaten aufgenommen sind, dokumentieren, ersetzt werden müssen. Diese Verpflichtung leitet die deutsche Regierung von dem Anerkenntnis Bethmann Hollwegs ab, nach dem nur durch eine Verletzung der belgischen Neutralität Belgien in den Krieg gezogen worden sei. Ob die Höhe der Schäden der den Gegnern angebotenen Summe entspricht, ist bisher noch nicht feststellbar. Die mit 100 Milliarden angenommene Höhe der Entschädigung stellt daher lediglich den angenommenen Höchstbetrag vor, nicht aber die tatsächliche Zahlungsverpflichtung. Entscheidend hierbei sind

die Voraussetzungen,

an die das Angebot der Zahlung von 100 Milliarden geknüpft worden ist. Hierher gehört in erster Linie die Verwirklichung einer freien wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands im Inlande und auch im Auslande, die Aufhebung der Kriegsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum im Auslande und die Aufrechterhaltung des Kolonialmarktes auch für Deutschland. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, dann entfällt auch die Grundlage des Angebotes und das Angebot selbst wird damit gegenstandslos.

Es muß in Betracht gezogen werden, daß die Zahlung selbst einer Milliarde jährlich eine außerordentliche hohe Belastung für das deutsche Volk darstellt. Sie würde nach dem heutigen Valutastande mehr als die Gesamtsumme des Friedensbudgets bedeuten. Dennoch glaubt die Regierung, daß es möglich sein wird, diese Summe aufzubringen. Der Grundgedanke des Finanzproblems, das Reichsminister Dernburg in der nächsten Zeit bekanntgeben wird, ist, daß das deutsche Volk, um die ungeheuren Lasten, die ihm aus dem Kriege erwachsen sind, zu tilgen, sehr viel arbeiten und viel sparsamer wirtschaften muß, daß also eine Steigerung der Arbeitsleistung notwendig wäre. Die Regierungsmitglieder glauben, daß das deutsche Volk dann in der Lage sein wird, die den Feinden gegenüber übernommene Schuldenverpflichtung auch restlos zu erfüllen. — Was

die Sicherung der Zahlungen

an die Alliierten anlangt, so ist zugestanden, daß der Wiederherstellungskommission eine deutsche Kommission zur Seite treten wird. Als Garantie für die Zahlungen lehnt Deutschland die Besetzung des linksrheinischen Gebietes ab; es hat aber zugestanden, daß eine Kasse errichtet wird, in die Steuern, Zölle oder sonstige leicht kontrollierbare Einnahmen fließen, die als Sicherheitsfonds beansprucht werden kann. Auf diese Kasse könnten die Alliierten zurückgreifen, sofern Deutschland mit der Zahlung einer Jahresrate in Rückstand bliebe. Im andern Falle aber käme den Alliierten ein Recht auf diese Kasse nicht zu.

G. Berlin, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Reutermeldung, nach der auf das Konto der Wiedergutmachung Deutschland auch die Anrechnung von 12½ Milliarden verlangt habe, erfahre ich, daß gewisse Leistungen, die seit dem Waffenstillstand an die Entente schon geleistet wurden, auf das Wiedergutmachungskonto auch nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages Anrechnung finden müßten. Die Höhe der Anrechnung dieser Naturalleistungen ist noch nicht festgestellt. An eine Einbeziehung der Schäden für die Hungerblockade ist gedacht. Die Feststellung dieses Betrages ist aber noch nicht geschehen.

•

Tardieu über den Friedensvertrag

* Genf, 31. Mai. Tardieu hielt in Beaune vor amerikanischen und französischen Soldaten, die die dortige Universität besuchen, eine Rede. Er sagte in dieser, wachsam zu sein gegen Treibereien des Auslandes, aber auch gegen solche des Inlandes, die meistens noch gefährlicher seien. Der Friedensvertrag, so führte er aus, habe drei Eigenschaften: 1. Er sei ehrlich, denn er entspräche den gegebenen Verpflichtungen. 2. Er sei Gemeingut, denn es sei gesichert durch die vollständige Billigung sämtlicher Verbündeter. 3. Er sei wirksam, denn er setze Deutschland außerstande, zu schaden, und zwinge es zu Entschädigungen, die das allgemeine Gewissen fordere. Zum Schluß feierte der Redner Wilson, der „mit klarem Blick Frankreichs Ansprüche erkannt habe".

•

Die Beeinflussung der Neutralen

Id. Rotterdam, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Haagsche Post" verweist auf die Möglichkeit, daß der Minister Karnebeek aus Paris nach Haag zurückkehrt, ehe die Verhandlungen über die belgischen und holländischen Fragen erledigt sind. Die Rückkehr würde erfolgen, wenn Deutschland sich weigern sollte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil dann die Alliierten zur Durchführung einer Zwangsaktion auch Forderungen an die Neutralen zu stellen beabsichtigen. Die Meinung in Paris sei übrigens: „Sie werden auf jeden Fall unterzeichnen."

•

Die Politik der skandinavischen Länder

U. Paris, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Kopenhagener Blättern gemeldet wird, fand diese Woche die von Schweden vorgeschlagene Konferenz der Ministerpräsidenten und der Außenminister der skandinavischen Staaten statt, in deren Verlauf besprochen wurde, daß die während des Krieges beibehaltene Politik, durch die es den drei Ländern gelungen ist, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten, weiterhin zu verfolgen. Man kam dahin überein, daß die Komitees, die in jedem der drei Länder zum Studium der Frage des Völkerbundes gegründet wurden, weiter zusammenarbeiten sollen. Eine Vollsitzung dieser Komitees wird stattfinden, bevor die skandinavischen Länder ihre Zustimmung zum Beitritt in den Völkerbund geben. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die versammelten Minister der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit nach dem Friedensschluß. Es wurde ein Einheitsprogramm aufgestellt über die Schadenersatzforderungen der einzelnen Regierungen bezüglich der durch die U-Boote angerichteten Verluste. Ferner wurde beschlossen, gemeinsam die Sozialreform und die Mittel zur Verteidigung der Interessen und des Wohlstandes der skandinavischen Länder im Auslande zu prüfen. Die finanziellen Sachverständigen Schwedens, Norwegens und Dänemarks, die sich gegenwärtig in Paris befinden, werden nach ihrer Rückkehr weiter zusammenarbeiten und den Umfang der Kredite feststellen, die den skandinavischen Ländern durch andre Nationen bewilligt wurden.

•

Die Alliierten und das Baltikum

X Berlin, 31. Mai. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Berlin mitteilt, haben die Alliierten in Spa am 30. Mai eine neue Note wegen der deutschen Truppen in Lettland und Litauen überreicht, in der folgende Forderungen enthalten sind:

1. Die deutschen Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen können.

2. General Graf v. d. Goltz kann in seinem Kommando unter folgenden Bedingungen belassen werden:

a) Der General erhält deutscherseits Befehle, die zur Errichtung einer Koalitionsregierung geeignet sind. In ihr sollen sämtliche lettischen Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sein.

b) Rückgabe der Waffen an die lettischen Truppen. Unbehinderte Durchführung der Mobilisierung der lettischen Streitkräfte.

c) Zusicherung völliger Freiheit für die neue lettische Regierung in ihren Amtshandlungen.

Zur Annahme dieser Bedingungen wird ab 1. Juni eine Frist von 15 Tagen gestellt, nach der die Frage des weiteren Verbleibens des Generals v. d. Goltz geprüft wird.

•

Trennung von Frieden und Völkerbund

X Amsterdam, 31. Mai. Laut einer vom „Allgem. Handelsblad" übernommenen Meldung der „Times" aus Washington haben die Führer der republikanischen Partei im Senat beschlossen, der Friedenskonferenz ihren bestimmten Wunsch zu übermitteln, daß der Friedensvertrag vom Völkerbundsvertrag abgetrennt wird.

(Weiteres siehe Seite 2 und 3)

Die Rückkehr des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie

Von Privatdozent Dr. Ernst Günther (Gießen)

Der deutsche Sozialismus war von jeher besonders stolz auf seine Wissenschaftlichkeit. Das Erfurter Programm der deutschen sozialdemokratischen Partei beruhte ja auf den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, die mit Recht zu unsern scharfsinnigsten volkswirtschaftlichen Denkern gezählt werden.

Die utopistischen Sozialisten hatten die Schäden der bestehenden sozialen und Wirtschaftsordnung nicht wissenschaftlich zu verstehen gesucht, sondern rein gefühlsmäßig kritisiert, und aus dem Gefühl, aus der Phantasie heraus, halten sie sich dann eine ideale Zukunftswelt konstruiert, in der alle Schäden der Gegenwart restlos beseitigt waren, in der eitel Harmonie und Freude und Ueberfluß an allen guten Dingen herrschte. Nicht alle hatten dabei ihrer Phantasie solchen hemmungslosen Lauf gelassen wie etwa Fourier, in dessen neuer Welt nicht nur die Menschen selbst viel besser sein werden, sondern auch die Tiere. Überhaupt das ganze Weltall; wo sich Löwe, Krokodil und Haifisch unter dem Einfluß der allgemeinen Harmonie aus gefährlichen Feinden des Menschen im Antilöwen, im Antikrokodil, im Antihai zu prächtigen, willfährigen Dienern des Menschen verwandeln werden, wo die ganze englische Staatsschuld von damals 25 Millionen Franken innerhalb weniger als Jahresfrist allein durch die Eierproduktion der im Zukunftsstaate natürlich zwei oder drei Eier auf einmal legenden Hühner getilgt werden kann, wo selbst das Meer seinen bitteren Salzgeschmack verlieren und sich in ein wohlduftendes Limonadenbad verwandeln wird, und was dergleichen Wunderlichkeiten noch mehr sind. Ganz so weit gingen ja die andern Utopisten nicht, aber alle, bis auf Bellamy in seinem „Rückblick aus dem Jahre 2000" oder Herzka in seinem „Freiland" malten uns doch mit blühender Phantasie das Bild eines Schlaraffenlandes, in dem die Menschen mit unendlich wenig Arbeit unendlich viele Genüsse geistiger und materieller Art haben würden. Freilich, so gern wir uns an diesen schönen Schilderungen einer besseren, viel reicheren Zukunftswelt berauschten, wir nahmen sie doch selbst nicht für ernst, wir wußten, es waren Märchen, denen eben auch große Menschen gern noch einmal lauschen, an deren Wirklichkeit sie aber nicht mehr wie in den glücklicheren Tagen der Kindheit zu glauben vermögen. Es war zu schön, als daß es hätte wahr sein können.

Ganz anders bei Marx und Engels. Ihr Sozialismus beruhte nicht auf der sentimentalen Sehnsucht nach einer besseren Wunschwelt, sondern auf der nüchternen wissenschaftlichen Kritik der wirklichen Welt. Das marxistische System des Sozialismus baute sich nicht wie bei Fourier auf einer ganz unmöglichen Umwandlung der Erde auf, es setzte auch nicht ganz neue Menschen voraus, die nicht mehr den alten egoistischen Trieben folgten, sondern von sozialem Geiste durchtränkt waren, deren höchstes Glück es war, sich für andre, für die Allgemeinheit abzuarbeiten und zu opfern. Denn so gern wir eine solche Umwandlung der Menschennatur auch wünschen mögen, so wenig vermögen wir doch daran zu glauben, am wenigsten daran, daß sich diese Umwandlung so plötzlich vollziehen könnte, daß die Menschen mit einem Schlage über Nacht so viel besser und vollkommener werden könnten. Marx und Engels glaubten und verlangten keine solche Umwandlung; ihr Sozialismus war auf den gewöhnlichen Menschen mit seinen guten und schlechten Durchschnittseigenschaften zugeschnitten; ihr Sozialismus versprach auch nicht goldene Berge. Möglich, daß sich auch die materielle Lebenslage unter dem Einfluß des Sozialismus heben würde, aber notwendig war es keinesfalls. Jedenfalls hing die Verwirklichung des Sozialismus nicht ab von dem mehr oder weniger großen Glück, das wir uns von ihm versprachen. Der Sozialismus kam nach Marx-Engels ganz unabhängig davon, ob wir ihn uns wünschten oder nicht wünschten, er kam einfach, weil die Zeit für ihn reif war, weil er das natürliche Schlußlied der Entwicklungsreihe war, er kam, weil er kommen mußte. Der Sozialismus der Utopisten war geboren aus der subjektiven Sehnsucht, der marxistische Sozialismus aus der objektiven Notwendigkeit. Darin, in diesem Glauben an die immanente Notwendigkeit des Sozialismus, in dem Glauben daran, daß das Kommen des Sozialismus keiner künstlichen Förderung durch die Menschen bedürfe, aber auch durch keine menschliche Gewalt aufgehalten werden könne, lag die Stärke — und vielleicht auch die Schwäche — des Marxismus.

Freilich, diese Objektivierung, diese Loslösung vom Gefühlssozialismus galt in vollem Umfang nur für die Schöpfer des Systems selbst. Für die Mehrheit der Menschen bleibt der Sozialismus nach wie vor Gefühlssache, sie glauben an den Sozialismus nicht aus wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern weil sie ihn wünschen, weil sie von ihm ihr persönliches Glück, das Glück der Menschheit erhoffen. Marx und Engels hatten zwar für ihre Person den Utopismus überwunden, aber ihre Anhänger steken noch mitten darin. Bebel zum Beispiel war offenbar vielmehr ein Schüler von Charles Fourier als von Karl Marx, dessen verstandeskalte, mathematische Beweisführung seinem lebhaften Temperament an sich ganz fremd war; und die Masse der sozialdemokratischen Parteigänger bekannte sich zwar offiziell zu dem marxistischen Erfurter Programm, operierte gern mit ein paar marxistischen Schlagwörtern wie Kapitalismus, Verelendung, Konzentration, Krise, Expropriation usw., aber für die meisten waren es doch nur äußerlich angelernte Schlagwörter, denen die rechte innere Vorstellung fehlte. Es ist ja auch im allgemeinen ganz ausgeschlossen, daß der einfache Mann einen so schwierigen Schriftsteller wie Marx, dessen Schriften außerdem noch zum Teil in schwerverständlicher hegelianischer Geheimsprache abgefaßt sind, wirklich verstehen könnte. Die Masse der deutschen Sozialisten waren Sozialisten trotz Marx, sie waren nach wie vor utopistische Sozialisten, deren Sozialismus geboren war aus einer rein gefühlsmäßigen Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen und der seine Lebenskraft schöpfte aus einer ebenso gefühlsmäßigen Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Marx hatte den Utopismus nicht durch die Wissenschaft überwunden — der Sozialismus als Massenbewegung wird stets utopistisch, d. h. stimmungsmäßig orientiert bleiben —

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919060102/1